

Kommentar zur Zeit

## Ein Skandal und der freie Wille

Das Verlagshaus Ringier betreibt gemäss dem Verleger Ringier hundert Redaktionen in achtzehn Ländern, in denen Tausende von Journalisten und insgesamt achttausend Mitarbeitende tätig sind. Der Einflussbereich von Ringier ist sehr weitreichend. Entsprechend hoch gehen denn auch die Wogen in der schweizerischen Medienlandschaft, nachdem bekannt geworden ist, dass Marc Walder als CEO und Mitinhaber den Redaktionen bewusst einen regierungstreuen Kurs verordnet hatte. Ganz offensichtlich haben diesen auch die Journalistinnen und Journalisten mitgetragen. Mit diesem Verhalten erntet er massive Kritik. So sprechen die Mitkonkurrenten anderer Verlagshäuser von einer «Bankrotterklärung des Journalismus» oder von «Gift für das Vertrauen in die mediale Berichterstattung». Dass solche Anordnungen für einen einseitigen Journalismus dessen Berufsethos widersprechen, ist evident. Bedenkt man, dass unabhängiger Journalismus eine unabdingbare Grundvoraussetzung für eine aufgeklärte und informierte Demokratie ist, ist auch der gesellschaftliche Schaden einseitiger Berichterstattung bei einem so weitreichenden Einflussbereich wie dem der Ringier-Gruppe immens.

Der Fall Walder stellt kein singuläres Ereignis dar, sondern ein Symptom für eine tiefliegende, grundsätzliche Krise der westlichen Demokratien, in welcher unabhängige Entscheidungsfindungsprozesse nicht nur im Journalismus, sondern auch in anderen Fachgebieten und der Politik immer schwieriger werden. Internationale Finanz- und Machtstrukturen beeinflussen die gesellschaftliche und politische Entscheidungsfindung. Viele Politikerinnen und Politiker spielen oft genauso willfährig mit wie viele Vertreterinnen und Vertreter anderer Berufsgruppen. Ein Beispiel hierfür ist das weitverbreitete «Politiker-Shopping». Und selbst wenn die Machenschaften auffliegen, wie zum Beispiel beim Diesel- oder Wirecard-Skandal, kommen die Beteiligten meist ungeschoren davon. Sie bleiben in Amt und Würde oder werden sogar noch vom Volk in eine solche Stellung gewählt. Diese Mechanismen lassen sich auch im Gesundheitswesen beobachten.

Die Einflussnahme geschieht dabei mittels Lobbyings und massenpsychologischer Steuerungen subtil und von langer Hand. Die Veränderungsprozesse laufen meist schleichend und unbemerkt ab. Dabei werden die Abhängigkeiten von den jeweiligen Interessengruppen zunehmend verstärkt, bis am Schluss eine unabhängige Entscheidungsfindung kaum mehr möglich ist. Dies zeigt sich am Phänomen des «blinden Flecks», welches mittlerweile von der Psychologie gut erforscht ist. Danach können Interessenbindungen dazu führen, dass die Akteurin oder der Akteur unbewusst Interessen gemäss handelt, auch wenn sie oder er meint, trotz den Interessenbindungen unabhängig zu entscheiden. Werden Menschen auf den blinden Fleck angesprochen, reagieren sie oft abwehrend bis aggressiv.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird der freie Wille als menschliche Möglichkeit in der Philosophie zurzeit von verschiedener Seite grundsätzlich in Frage gestellt. Damit würden jedoch Moral und Ethik verabschiedet, die auf der Prämisse der Möglichkeit des freien Willens basieren. Doch so leicht können wir uns unserer Verantwortung nicht entziehen. Auch wenn der freie Wille ein Ideal ist, machen wir doch selbst immer wieder die Erfahrung, dass wir bewusst entscheiden und wählen können. In der Realität wird der freie Wille über die Urteilsfähigkeit im Hinblick auf eine bestimmte Fragestellung operationalisiert. Um in einer Frage urteilsfähig werden zu können, sind wir darauf angewiesen, die hierfür notwendigen unabhängigen Fakteninformationen zu bekommen, die wir dann mit unserem Lebensentwurf und unseren Moralvorstellungen bewerten können. Nur so ist eine informierte Entscheidung möglich. Oft sind wir auch darauf angewiesen, anstehende schwierige Entscheidungen mit anderen Menschen zu beraten. Das Ideal des freien Willens wird daher in der Realität gerade in schwierigen Situationen in der Kooperation mit anderen Menschen, die sich gemeinsam ergebnisoffen auf Antwortsuche begeben, zumindest annähernd umgesetzt.

Wir sind derzeit alle in einer schwierigen – viele auch in einer sehr schwierigen – Situation in der Corona-Krise. Gerade deshalb sind wir darauf angewiesen, von den Medien mit verlässlichen Fakteninformationen bedient zu werden und mit Menschen mit anderen Perspektiven ins Gespräch zu kommen. Trotz allem Lobbying und aller Interessensteuerung sind wir dafür verantwortlich, unabhängige, transparente Informationen und die Perspektivenvielfalt in Gesellschaft und Politik einzufordern. Auch wir selbst sind aufgefordert, den Dialog mit Andersdenkenden zu suchen. Übernehmen wir also Verantwortung, und machen wir uns im 2022 gemeinsam auf diesen Weg!

Dr. theol. Ruth Baumann-Hölzle  
Institutsleiterin

12. Januar 2022